

# Verstärkte Wahlverwandschaft: politischer Islam und militanter Liberalismus in der Türkei

Das Beispiel der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)

Ash E. Odman

Dennoch ist die von Haider und seinem Stab geprägte FPÖ-Politik nicht einfach als geschickt getarnter Rechtsextremismus abzutun, (...) weil sie reale Probleme, Unzulänglichkeiten oder Widersprüche in der österreichischen Gesellschaft aufgreift und mit dem Mittel des Tabubruchs anprangert.

*Ptak/Schui 1998: 100*

Noch 1998, d. h. vor dem großen Wahlsieg der FPÖ analysierten Ralf Ptak und Herbert Schui das historische Fundament, die materielle Substanz und Methode der Politikvermarktung dieser Partei mit einer anti-essentialistischen Zugangsweise, welche sowohl die weltweiten Tendenzen der Liberalisierung als auch der österreichspezifischen Formen dieser in gegenseitiger Beeinflussung zu verbinden vermag. Die Frage der identitären »Essenz« eines unwandelbar in allen Konjunkturen hinterlistig lauernden Rechtsextremismus war da zugunsten einer historisierenden und vergleichenden Analyse aufgegeben. Das obige Zitat stammt aus diesem Artikel. An die Diskursanalyse der jüngsten Erscheinung des türkischen politischen Islams, nämlich der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP: *Adalet ve Kalkınma Partisi*) will ich in einer ähnlichen Art und Weise herangehen. Denn im Falle einer anderen Ideologie und ihrer Analyse, nämlich des Islamismus ist diese vergleichend-historisierende Zugangsweise viel seltener anzutreffen. Insbesondere nach dem Anschlag am 11. September stellte sich in intellektuellen Diskussionen, die die Hegemoniekrise im Weltsystem und den Krieg im Nahen Osten begleitet haben, immer mehr die Frage, was denn eigentlich der Islam sei.

Auch ein Einblick in die meinungsbildenden europäischen Medien im Zeitraum nach den letzten Parlamentswahlen in der Türkei am 3. November 2002 oder in den Diskurs der innenpolitischen Konfliktaustragung zwischen unterschiedlichen Elitefraktionen in der türkischen Politik – etwa um die symbolisch besetzte Kopftuchfrage herum – belegt die Notwendigkeit der Kritik jener essentialistischen (in diesem Kontext orientalistischen) Sichtweise. Diese Sichtweise geht mit unterschiedlichen Betonungen von einem getarnten und deswegen umso gefährlichen islamischen Fundamentalismus aus und operiert mit jenem Dualismus der Aufklärung, der in der »modernen« Politik der Religion keinen Platz einräumt.

Auffällig ist es jedoch diesmal, daß die AKP, die bereits vierte Repräsentantin der islamistischen<sup>1</sup> Ideologie auf der parteipolitischen Ebene, durch die europäischen Medien oft mit dem Beiwort »moderat« bezeichnet und zwischen ihr und den christdemokratischen Parteien Europas eine ideologische Affinität angedeutet wird. Dieses Beiwort verzichtet zwar nicht auf den orientalistischen Ausgangspunkt, gibt ihm aber eine andere Wendung, um die Partei als »kompatibler« an die neuen Anforderungen der anhaltenden Liberalisierung darzustellen. Auch die AKP versäumt es selber nicht, anders als bei ihrer islamistischen Vorgängerin, die 1998 vom türkischen Verfassungsgerichtshof verbotenen Wohlfahrtspartei (WP; RP: *Refah Partisi*), aus der sie hervorgegangen ist, immer wieder zu betonen, daß sie »den Werten der pluralistischen Demokratie und des ökonomischen Liberalismus« (59. Regierungsprogramm 2003) verbunden ist<sup>2</sup>. Es lohnt sich, zu hinterfragen, wie diese Mäßigung sowohl bei der Bewertung des Wahlerfolgs einer islamistischen Partei als auch im Hinblick auf die derart gesteigerten Konformität dieser Formation mit der dominanten politischen Regierungsweise im Weltsystem zu deuten ist.

Diese Mäßigung scheint beim ersten Anblick umso überraschender zu sein, wenn man bedenkt, daß die AKP den bisher größten Wahlerfolg des politischen Islams auf der parteipolitischen Ebene darstellt: Sie hat mit 34% der Stimmen 66% der Abgeordnetensitze erhalten, was sie der 10-Prozent-Hürde verdankt. Diese überwinden bei den letzten Wahlen nur zwei Parteien, wobei 47 % der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament vertreten sind. Damit ist die AKP seit 1987 die erste Partei, die eine klare parlamentarische Mehrheit hat, und die erste seit 1945, der im Parlament nur eine einzige Oppositionspartei gegenübersteht. Für eine Verfassungsänderung fehlen ihr lediglich 5 Stimmen. Überraschend ist es auch, daß die politische Restauration einer Gesellschaft, die in den letzten 3 Jahren durch zwei große Finanzkrisen (November 2000 und Februar 2001) gebeutelt wurde, in einer quasi-Einparteienregierung erfolgt zu sein scheint. Die zweite Partei des Politischen Islams *Saadet Partisi* (SP: Partei für Frieden), welche die alten Kader der verbotenen WP in sich vereint, brachte es jedoch lediglich auf 2,5 %.

Schließlich bedeutet auch die offen pro-amerikanische Außenpolitik der AKP vor und nach den Wahlen bzw. vor und während des Irak-Krieges eine Hinnahme der USA-Expansionspolitik, welche gegen die »muslimischen Glaubensbrüder« im Nahen Osten ausgetragen wird. Vieles in Bezug auf die neue politische Formierung in der Türkei nach den jüngsten Wahlen deutet auf einen militanten Liberalismus und unmittelbarer ideologische Integration in den hegemonialen Diskurs im Weltsystem als in der Phase davor. Es läßt sich die Frage stellen, warum die neuen liberalen Pfade in der Türkei überhaupt und derzeit in einer verstärkter Form mit islamistischen Pflastersteinen belegt werden?

### **Die Verquickung von Liberalismus und Islamismus im türkischen Kontext: Alles was gegen das politische Zentrum ist ...**

Was ist, wenn »Liberalismus zur unangefochtenen Ideologie bürgerlicher Herrschaft geworden ist, was historisch neu ist« (Becker im Editorial) und dies in einem Staat, wo die Entwicklung des bürgerlichen Systems seit seinen Anfängen Ende des 19. Jahrhunderts ein hauptsächlich etatistisches, also in diesem Sinne ein

nie »liberales« Anliegen gewesen ist? Mindestens dreimal wurden Versuche, der kapitalistischen Entwicklung der Türkei eine liberale politische Wendung zu geben, unter Verweis auf eine fundamentalistisch-islamische Gefahr vom politischen Zentrum im Keim erstickt: Das historisch erste Beispiel war die »Vereinigung für die private Initiative und für den Dezentralismus« (*Tesebbüs-i Sahsi ve Adem-i Merkeziyet Cemiyeti*), die im Jahre 1902 im ersten Kongreß der Jungtürken in Paris durch Prens Sabaheddin gegründet wurde. Sie wurde 1909 mit der Begründung, sie habe sich an dem reaktionären Aufstand in 1909 (der sogenannte »Vorfall am 31. März«) beteiligt, vom nationalistischen/etatistischen Flügel der Jungtürken verboten, der nach 1908 im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie als Partei für Einheit und Fortschritt an die Macht gekommen war. Das zweite Beispiel aus der Republiksgeschichte stellt die »Freie Partei« (*Serbest Fırka*) dar. Sie war die erste offizielle Oppositionspartei und wurde nach der Großen Depression 1929 in Mitten der Unruhen und gesteigerter Armut gegründet. Sie wurde nach einer Lebensdauer von lediglich vier Monaten im Jahre 1930 von der Staatspartei CHP verboten, wiederum mit dem Verweis auf die destabilisierenden Effekte eines »islamischen Aufstandes« im westanatolischen Distrikt *Menemen*. Schließlich der *Coup d'État* im Jahre 1960 gegen die Alleinregierung der »Demokratischen Partei« (*Demokrat Parti*), welche die USA-Allianz am Vorabend des Kalten Krieges Ende 1940er/Anfang 1950er ausgehandelt, einen liberalen Wandel in der Ökonomie bewirkt und sich das erste Mal auf der parteipolitischen Ebene eines religiös-populistischen Diskurses bedient hatte. Der *Coup d'État* von 1960, der in der politischen Historiographie noch oft genug als »ein linker und anti-liberaler Putsch« diskutiert wird, legitimerte die Machtübernahme wiederum mit der Gefahr eines islamischen Rückfalls in der türkischen Gesellschaft. (vgl. Mardin 2002)

Diese historischen Beispiele sind für die aktuelle politische und ideologische Stellung der AKP insofern aussagekräftig, als sie zeigen, wie sich der Liberalismus und islamische/islamistische Elemente gegen den und durch den antiklerikal ausgeformten Staat historisch verquickt waren. Liberalismus war bis zu den 1980ern eine marginale Position innerhalb der politischen und intellektuellen Elite und stellte sozusagen »die intellektuelle Peripherie im politischen Zentrum« dar. Islamismus hingegen war die Parade-Ideologie der geographischen Peripherie, nämlich in der Provinz und auf dem Lande<sup>3</sup>. Insofern bedeutete die historische Wahlverwandschaft des Liberalismus mit dem Islamismus bis in die 1980er Jahre hinein eine Allianz der Peripherie (im weiten Sinne) gegen das politische Zentrum. Antiklerikalismus und Islamismus wurden im türkischen Kontext zu Konfliktaustragungselementen auf der staatlichen Ebene und von den darauf Einfluß habenden zentralen und peripheren Akteuren. Vor diesem historischen Hintergrund will ich der Frage nachgehen, wie der politische Islam ab den 1980er Jahren den neoliberalen Kurswechsel in der Türkei begleitete. Diesmal geschah dies nicht in einer defensiven Art und Weise gegen die etatistische *gouvernementalité* wie in den vorgegangenen Beispielen. Mit dem weltweitem Einsetzen der Liberalisierungstendenzen ist diese historisch schon existierende Wahlverwandschaft auf einer neuen Grundlage ausgehandelt worden. Außerdem zeichnen sich neue Tendenzen seit dem Wahlerfolg der AKP ab, die auf eine Verstärkung dieser Verquickung von Islamismus und Liberalismus hinweisen.

## Die Neustrukturierung des industriellen Kapitals und der politische Islam seit 1980

Der Aufstieg des politischen Islams seit Ende der 1980er Jahre korrespondiert mit der Krise der binnenmarktorientierten Akkumulationsweise und damit in Verbindung der Verschiebung der regionalen Kräfteverhältnisse in der türkischen Ökonomie. Im Zuge der postfordistischen Restrukturierung der industriellen Struktur fand das kleine und mittlere Kapital anatolischen Ursprungs die Möglichkeit, neben dem bis dahin durch das vom Staat mannigfaltig unterstützten Großkapital aus Istanbul, Akkumulationschancen wahrzunehmen (Bugra 1998 und 2002, Önis 1997: 757ff). In einer nach 1980 liberalisierten Ökonomie öffneten sich für diese Segmente des Kapitals im Rahmen eines flexiblen Akkumulationsmodells Märkte von Manufakturexporten (Textilien, Elektroersatzteile usw.) und alternative Finanzierungsmöglichkeiten im Zuge der privatwirtschaftlichen Kanalisierung der Gastarbeiterüberweisungen aus Europa, wofür am stärksten islamistische identitätsbildende Elemente eingesetzt wurden<sup>4</sup>. Diese Transfers hatten früher der staatlichen Devisenbewirtschaftung unterlegen. Parallel zum ökonomischen Aufstieg dieser sogenannten »Anatolischen Tiger« wurden konservativ-islamische Werte nach Ankara auf die Parteienebene transportiert, welches ein vergleichbares Beispiel zu den regionalen Erfolgsgeschichten und dem Aufstieg des regionalistischen Rechts-extremismus in Italien darstellt (vgl. Sablowski in diesem Heft). Die Interessensvertretung dieses aufstrebenden Kapitals ist die 1990 gegründete Industriellenvereinigung MÜSIAD, die neben dem Repräsentanten des türkischen Großkapitals TÜSIAD, die zweitgrößte Klassenorganisation dieser Art darstellt.

Die durch die MÜSIAD vertretenen Kapitalinteressen unterstützten aktiv die Wohlfahrtspartei (WP), welche es zuerst in den Kommunalwahlen 1994 und ein Jahr später in den Parlamentswahlen zu sprunghaften Wahlerfolgen gebracht hatte. Das Neue an der WP war es, daß sie sowohl die neuen städtischen Marginalisierten als auch die neuen aufstrebenden Mittelklassen aus der Provinz in einem islamistischen Diskurs unter dem Stichwort der »Gerechten Ordnung« (*Adil Düzen*) erfolgreich vereinen konnte. Mit dieser Betonung der sozialen Gerechtigkeit unterschied sich der Parteidiskurs der WP entscheidend von seiner Vorgängerpartei aus den 1970er Jahren, der Partei des Nationalen Wohlstandes (*MSP: Milli Selamet Partisi*), welche das Motto »Industrialisierung« an erster Stelle an ihre Fahnen geschrieben hatte. Im peripher-fordistischen Kontext der 70er Jahre bedeutete dies ein Plädoyer für die Gleichberechtigung des kleinen und mittleren Kapitals aus konservativen Teilen Anatoliens in einem wesentlich staatlich forcierten und regulierten Industrialisierungsprozeß. Dieses Plädoyer blieb jedoch in dem damaligen politökonomischen System eine leise Stimme.

Durch die Weltmarktöffnung und der Möglichkeit der flexiblen Akkumulation außerhalb der staatlichen Unterstützungssphäre, wovon in der Phase vor der Weltmarktöffnung das Großkapital profitiert hatte, wandelte sich diese leise Stimme in eine »instrumentelle« Beteiligung im politischen Orchester in Ankara. Das Motto war jedoch diesmal nicht die schon faktisch privatwirtschaftlich vollzogene Industrialisierung, sondern die Gleichberechtigung des Klein- und Mittelkapitals unter einer »gerechten wirtschaftlichen Ordnung«. Nicht zuletzt war die Kritik an Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank ein fester Bestandteil zu-

mindest der Lippenbekenntnisse der WP, die das finanzkapitallastige System als gefährdend für den Industriesektor ansah und dies auch moralisch mit dem Zinsverbot im Islam zu begründen versuchte. Es soll auch beachtet werden, daß in der Konjunktur, in der die WP mit ihrer Kritik »des wuchernden Zinssystems« ansetzte, die vollständige Finanzliberalisierung im Jahre 1989 noch nicht die Dimensionen von Schuldenspiralen erzeugt hatte, die schließlich in die Finanzkrisen von 2000 und 2001 einmündeten.

Ende 2002 ist die Gesamtverschuldung der Türkei auf 128 Milliarden US-Dollar angestiegen. Lediglich der Zinsendienst in den ersten 9 Monaten im Jahr 2002 entspricht 76 % der türkischen Exporte im selben Zeitraum. Der Zinsendienst für die staatlichen Inlands- und Auslandsschulden beansprucht derzeit mehr als 50% aller staatlichen Ausgaben. Dem zuletzt ausgehandelten und verbindlichen IWF-Programm zufolge muss die Regierung einen 6,5%igen Überschuß im Primärbudget (also das staatliche Budget ohne Schuldendienst) erzielen (Bugra 2003). In dieser Ausgangssituation, in der die Sachzwänge, die vom sich seit schon fast 15 Jahren vertiefenden finanzkapitallastigen System diktiert werden, drückender werden, kam die AKP alleine an die Regierung. Und für diese Partei kann man per se von einer Unterstützung des Industriekapitals kleineren und mittleren Umfangs nicht mehr ausgehen. Im 59. Regierungsprogramm, das am 18. März dieses Jahres dem Parlament vorgelegt wurde, werden ausdrücklich »die makroökonomische Stabilität, mikroökonomische Liberalisierung und Außenöffnung« als Prioritäten eingestuft. Als Lippenbekenntnis werden auch Unterstützungsmaßnahmen für den »realen Sektor« angekündigt (59. Regierungsprogramm 2003). Jedoch läßt die scharfe Kritik der MÜSIAD an dem projektierten Staatsbudget 2003, seine Verteilung und Prioritäten seien ausdrücklich im Interesse der »Zinslobbys« (bi-net, 4.3.2003), einen Bruch in der Allianz zwischen den unteren und regional verstreuten Kapitalesegmenten und dem politischen Islam ahnen.

Auch die ausschliesslich negativen Aussagen der politisch schwächeren Partei des Politischen Islams, nämlich der SP über die AKP und die völlige personelle Separation der Kader beider Parteien reflektieren diese Entfremdung des Politischen Islams aus einem Teil seiner früheren Basis aus Anatolien.

Die AKP, als bereits die vierte islamistische Partei in den letzten knapp 25 Jahren, scheint sich an die Verfestigung eines finanzkapitallastigen Akkumulationsregimes mit chronischer Außen- und Innenverschuldung anzupassen und hat die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht einmal rhetorisch in ihrer Parteiprogrammatik von einem ökonomischen Kurswechsel abhängig gemacht. Bei ihr werden auf der diskursiven Ebene die Technokratisierung der Ökonomie und die Moralisierung der Politik bei weitem stärker hervorgehoben als bei ihren islamistischen Vorgängern.

### **Korruption und Armut: Die zwei Grundpfeiler im Diskurs der AKP**

»Anti-Korruption« ist der Begriff, auf den die AKP bei ihrer Selbstdefinition am meisten zurückgreift. Die Wahl des Namens der Partei, AK-Partei (*Ak* bedeutet »rein« bzw. »weiß« auf Türkisch) reflektiert den ideologischen Stellenwert, den eine bestimmte Interpretation des Terminus »Korruption« hat. Dieser bleibt als anti-etatistischer Diskurs der liberalistischen Staatsauffassung treu: Die Ausbeu-

tung bzw. die Repression kommt von der Politik / dem Staat. Der Markt kann nur »gerecht handeln«, weil er – wenn er von politischen Einflüssen nicht verzerrt wird – die »natürliche« damit auch eine »gerechte« Faktorverteilung bewirkt. Diese Auffassung von der politischen Sphäre als der Sphäre der direkten Repression hat aber auch historische Wurzeln in der Türkei, jedoch nicht ausgehend aus einer liberal bürgerlichen Entwicklung. Die Region war vom 13. Jahrhundert bis hinein in das 19. Jahrhundert vom zentristischen osmanischen Reich dominiert, worin es keine Trennung des ökonomischen Zwanges vom politischen Zwang gab und dieser Zwang nicht markt-vermittelt war. Insofern stößt die AKP mit dieser postfordistisch motivierten Kritik am Staat in ihrer Zielgruppe auf ein kollektives populäres Gedächtnis der einstigen osmanischen Untertanen.

Der Notfallsaktionsplan (*Acil Eylem Planı*), der gleich in der Woche nach dem Wahlerfolg im Sinne quasi einer Gesinnungserklärung verbretet wurde, und das 59. Regierungsprogramm zeugen von einer inflationären Benutzung vom Dualismus »effizienter Staat vs. zentristischer, plumper Staat« (*etkin devlet vs. merkeziyetçi, hantal devlet*). Im Einklang damit wird ein beschleunigtes Tempo für Privatisierungen von staatlichen Betrieben vorgesehen. Dies ist nicht neu. Neu ist aber, daß diesmal Privatisierungen in Bereichen vorgesehen werden, was an eine Ausverkaufssituation von primärem Betriebsigentum nach einem Bankrott erinnert: jetzt sind auch die staatlichen Bergwerke und Forstgebiete als zu privatisierende Sektoren vorgesehen.

Auch im proklamierten Sinne einer Anti-Korruptionspolitik wird die Rolle von Hohen Kommissionen unterstrichen. Die Autonomie der Zentralbank und der bereits existierenden Kommissionen, welche für Bereiche wie Privatisierungen, Tabak, Bankwesen, Kontrolle der Börsenoperationen, öffentliche Ausschreibungen verantwortlich sind, soll nach dem Regierungsprogramm gestärkt werden. Es läßt sich die Frage stellen, wie diese Hohen Kommissionen kontrolliert werden sollen und in wessen Interessen deren Mandat ausgehandelt wird, wofür es bereits ein paar Hinweise gibt (sh. Islamoglu 2002, für die Kommission für Tabak). Die Entwicklung von Spezialkommissionen bedeutet die de facto Auslagerung von Teilen des Staatsapparates in autonome Einrichtungen und damit außerhalb – im türkischen Kontext eher potentieller als realer – demokratischer Kontrollmöglichkeiten. Diese Tendenz, die sicher nicht im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik und damit der Vervielfältigung der Veränderungsakteure des Wirtschaftskurses ist, wird mit einem entpolitisierten moralisierenden Diskurs über »den korrupten Politiker« legitimiert. Bei der Ausarbeitung dieser ideologischen Logik ist die AKP für die Massen glaubwürdiger als ihre sozialdemokratischen und rechtsliberalen Konkurrenten, da sie sich auf das kulturelle Kapital des Islams in der Türkei zurückgreifen kann, welcher im letzten Jahrhundert die wichtigste Form bzw. der stärkste Mobilisationsaspekt des populären Protests gegen das antiklerikale politische Zentrum dargestellt hatte (vgl. Güllalp 2002). Hierin dürfte auch einer der Gründe des überraschenden Wahlerfolges der AKP liegen.

Der zweite Grundpfeiler des Parteidiskurses der AKP ist die Betonung der Armutsbekämpfung vor Ort, also dort, wo sie, warum auch immer, entsteht, statt der makroökonomisch gerechten Einkommensverteilung. Die Betonung der Armut ist aber konjunkturell neu zu bewerten, auch wenn sie als Thema ein authent-

tisch religiöses zu sein scheint, da es sich im türkischen Kontext an den legitimen Quellen der islamischen Solidarität in Form vom Almosenwesen (*zekat*) nährt (z. B. bianet, 22. 11. 2002). Der Definition der Armut durch die AKP hat nicht zufällig große Paralleltäten zur diskursiven Verwendung dieses Begriffes durch die Weltbank, welche »Armut« nicht im Produktionsprozeß verortet, sondern im einzelnen Haushalt. Entsprechend sollte die »Bekämpfung der Armut« durch einmalige Geldleistungen, welche direkte Einkommensunterstützung (*direct income support*) genannt werden, erfolgen (vgl. Demirci 2000). Diese Art der Armutsbekämpfung im urbanen sowie ruralen Sektor ist deswegen erwünscht und in den Strukturanpassungsprogrammen und *stand-by agreements* vorgeschrieben, da sie – nach Selbstbewertung – die Preisbildung auf dem Markt nicht verzerrt und die optimale Faktorenverteilung nicht verhindert, welche durch einen Eingriff des Staates in die Produktionsprozesse etwa in Form von Mindeststandards bei Löhnen und Unterstützungspreisen bewirkt worden wären (vgl. auch Ercan 2002).

Es ist wichtig, auf diesen etwas merkwürdigen Zufall hinzuweisen, daß die innere Logik des islamischen Almosenwesens, auf das die AKP in ihrer Konzeption der Armutsbekämpfung zurückgreift, und die Armutsbekämpfungsstrategie der Weltbank in ihren *Development Reports* wesensgleich funktionieren. Die AKP verdeckt somit die Klassenpositionen, die auch in der Türkei entlang der Linien von formell und informell in radikaler Veränderung begriffen sind. Dies tut sie, indem sie sich auf die islamische Solidarität und das religiös begründete Gerechtigkeitsgedanke beruft. Die islamisch fundierte Gerechtigkeit impliziert jedoch Hierarchien, die von einer himmlischen Instanz gerechtfertigt sind und sieht Spuren der Gott-Untertan-Beziehung auf Erden vor, wobei es die Aufgabe der Reichen ist, den Armen die Hand zu reichen, wodurch »sie später jenseits in den Himmel ziehen dürfen«.

Der so geartete islamische Solidarismus wird in dieser neuen Phase des neoliberalen Wandels ideologisch brauchbar. Dieser Wandel besteht derzeit in der Türkei darin, daß weitere herkömmlich öffentliche Bereiche der privaten Akkumulation geöffnet<sup>5</sup> und die dafür notwendigen institutionellen und ideologischen Erneuerungen getroffen werden<sup>6</sup>. Jedoch darf dabei nicht der Eindruck erweckt werden, als ob der Islamismus die einzige Ideologie wäre, welche die in dieser Konjunktur brauchbar gewordenen solidaristischen Ideologieelemente darbietet: Die türkische politische Kultur ist durch den Quereinfluß dieses Gedankenguts entlang nationalistischer, rechtsliberaler und sozialdemokratischer Parteien gekennzeichnet<sup>7</sup>. Und das solidaristische Gedankengut wird weiterhin für die Technokratisierung der Ökonomie und Moralisierung der Politik brauchbar bleiben, solange es erfolgreich von einer alternativen Diskussion über die Demokratisierung der ökonomischen Sphäre und der Wirtschaftspolitik ablenken kann.

## Anmerkungen

- 1 In diesem Kontext bezieht sich der Begriff »islamistisch« auf die historisch explizite Einsetzung islamischer Elemente (Symbole, des Wertesystems und des Diskurses) auf der parteipolitischen Ebene. Dabei soll die essentialistische Beibehaltung des Begriffes »islamisch« vermieden und das Hauptanliegen, welches in einer Ideologiekritik liegt, stärker hervortreten. (vgl. Ataç 2001: 4)
- 2 Diese Kombination »Demokratie« und »liberale Ökonomie« im Diskurs der AKP scheint nicht beliebig gewählt zu sein: Sie reflektiert die Zwischenstellung der Türkei zwischen zwei Macht-

blöcken, resp. der EU und der USA. Mit diesen Stichworten werden nämlich in der türkischen Politik Gesinnungserklärungen und Positionierungen von neuen Regierungen signalisiert. Es läßt sich die Frage stellen, wie sich die Kräfteverhältnisse EU-Türkei-USA nach dem vorläufigen Ausgang des Irak-Krieges und die potentiellen Konflikte der Türkei mit der USA im Nordirak weiterentwickeln werden.

- 3 An dieser Stelle will ich auf einen Punkt hinweisen, welcher bei sämtlichen Analysen zur Gesamtentwicklung der Türkei oft außer Acht gelassen wird: Die Türkei hat im Vergleich zu anderen Staaten mit einem parallelen Entwicklungsniveau einen überproportional großen ländlichen Sektor, somit auch eine geographische Peripherie. Immer noch fast die Hälfte der Bevölkerung leben heute noch auf dem und vom Lande. Die historische Dominanz des kleinfamilären Betriebes in der Landwirtschaft wirkt –trotz zunehmender Pauperisierung und verstärkter innerer Migration in den letzten 20 Jahren– einem Urbanisierungsgrad wie in Lateinamerika oder Osteuropa entgegen und erfüllt faktisch eine Ventilfunktion. Deswegen erscheint der gängige *urban bias* im türkischen Kontext in Bezug auf eine ausgeglichene soziale Analyse problematischer als sonstwo.
- 4 Die größte Organisation im Ausland ist die in Deutschland basierte *Milli Görüş*, die sogenannte »nationale Vision«. Gemeint ist eine islamische nationale Vision, der zufolge der Türkei innerhalb der islamischen Welt eine Führungsrolle zufällt. Das Wort »Nation« /  *millet* wird der Verwendungsweise im osmanischen Nationalitätensystem entlehnt, wonach jede »Nation« im multietnischen Reich je nach ihrer Religion definiert wurde. Die Anhänger von *Milli Görüş* in der Diaspora aus der Türkei werden nach jüngsten Schätzungen mit ca. 30.000 Anhängern beziffert. (aus der Website von NTV vom 22.–25. 10. 2000)
- 5 Wichtige institutionelle Veränderungen in dieser Hinsicht stellen derzeit die Novellierung des Arbeitsgesetzes im März 2003, die vorgesehene Universitätsreform und Gesundheitsreform dar.
- 6 Das folgende aktuelle Beispiel faßt die realpolitische Ausrichtung der AKP prägnant zusammen: Am letzten ersten Mai gab der Erziehungsminister Hüseyin Celik bekannt, daß sein Ministerium dabei ist, ein sogenanntes »Projekt Privatschule« auszuarbeiten. Dieses Projekt soll so aussehen, daß in der Zukunft keine neuen staatlichen Schulen mehr errichtet werden sollen und die Kinder in türkische Privatschulen geschickt werden sollen, die »sowieso« Leerlauf haben. Der der Staat werde dann für die Hälfte der Erziehungskosten jeder Schülerin aufkommen. »Das ist kosteneffektiver und der Staat wird davon profitieren« meinte der Erziehungsminister. (Radikal, 01.05.2003. *Für diesen Hinweis will ich mich bei Ulas Bayraktar und Bediz Yılmaz-Bayraktar bedanken*)
- 7 An dieser Stelle will ich die spezifische Bedeutung und den Stellenwert des Solidarismus in der türkischen politischen Ideengeschichte unterstreichen. Der Solidarismus, der einem im »Volkskörper« vereinten »Volk ohne Klassen und Privilegien« ausgeht, hatte in der Türkei über unterschiedliche Perioden und Entwicklungsmodelle hinweg Vorrang gegenüber dem Populismus und Korporatismus auf Klassenbasis. Das kann man auch in den Parteiprogrammen von fast allen Parteien in den letzten Wahlen sehen, die ihre Wählerschaft allesamt mit einem diffusen »Volksdiskurs« angesprochen haben.

## Literatur

Ataç, Ilker (2001): Der politische Islam in der Türkei. Eine geographische und historische Analyse der Hegemoniebildung, Diplomarbeit vorgelegt am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Bianet vom 04.03.2003: *MÜSIAD: Bütçe faiz lobisine çalıyor* (MÜSIAD:

Das Budget ist im Fahrwasser des Zinslobbys), [www.bianet.org/2003/03/05/17062.htm](http://www.bianet.org/2003/03/05/17062.htm) vom 23.22.2002; *Fak-Fuk-Fon 8 Milyon Kisiye Ekmek Dagitacak* (Das staatliche Armen-Bedürftigen-Fonds wird an 8 Millionen Personen Brot verteilen), [www.bianet.org/2002/11/23/14790.htm](http://www.bianet.org/2002/11/23/14790.htm) (aus der lokalen Presse, der *Antakya Gazetesi*)

Bugra, Ayse (1998): Class, Culture, and State: An Analysis of Interest Representation by two Turkish Business Associations, in: *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 30, 521–539.

Bugra, Ayse (2002): Labour, Capital, and Religion: Harmony and Conflict among the Constituency of Political Islam in Turkey, in: *Middle East Studies*, Vol.38, No.2, 187–204.

Bugra, Ayse (2003): Das aussenpolitische Dilemma der Türkei. Die Logik der Ohnmacht, in:



- Le Monde diplomatique, [www.monde-diplomatique.de/pm/2003/03/14.mondeText.artikel\\_a0049.idx](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/03/14.mondeText.artikel_a0049.idx),13
- Demirci, Sevinç (2000): *Tarimda Dogrudan Gelir Desteginin Incelenmesi: Meksika Örneği* (Die Untersuchung der direkten Einkommensunterstützung in der Landwirtschaft: Das Beispiel Mexiko), in: *Isletme ve Finans Dergisi*, Mai, 37-46.
- Ercan, Fuat (2002): *Türkiye'de seçimler* (Wahlen in der Türkei), in: *Iktisat Dergisi*, No.431, 8-24.
- Gülalp, Haldun (2002): Using Islam as Political Ideology: Turkey in Historical Perspective, in: *Cultural Dynamics*, Vol.14, No.1.
- Islamoglu, Huricihan (2002): *Yeni Düzenlemeler ve ekonomi politik: IMF kaynakli kurumsal reformlar ve tüütün yasasi* (Die neuen Regulierungen und politische Ökonomie: Die institutionellen Reformen ausgehend aus dem IWF-Programm und das Tabakgesetz)in: *Birikim*, No. 158, 20-28.
- Mardin, Serif (2002): *Türkiye'de Din ve Siyaset. Makaleler 3* (Religion und Politik in der Türkei. Sammelband 3. (in Türkisch), Iletisim, Ankara.
- Notfallsaktionsplan (*Acil Eylem Planı*) vom 4. November 2002, [www.akparti.org.tr](http://www.akparti.org.tr)
59. Regierungsprogramm vom 18. März 2003, [www.akparti.org.tr](http://www.akparti.org.tr)
- NTV vom 20-27.10.2000: *Islami örgütler ve Gurbetçilerimiz 1-5* (Die islamistischen Organisationen und unsere Gastarbeiter), [www.ntvmsnbc.com/ntv/metinler/islami/islami\\_hold-ing05.htm](http://www.ntvmsnbc.com/ntv/metinler/islami/islami_hold-ing05.htm)
- Önis, Ziya (1997): The political economy of Islamic resurgence in Turkey: the rise of the Welfare Party in perspective, in: *Third World Quarterly*, Vol.18, No.4, 743-766.
- Ptak, Ralf / Schui, Herbert (1998): Das FPÖ-Dreieck. Rechtsextremes Fundament, Neoliberal Substanz – Marktgerechte Präsentation, in: *Kurswechsel* 1, 98-113.
- Radikal vom 01.05.2003: *Fgitimde Özel Tartismasi* (Die Privatsektor-Diskussion im Erziehungswesen) , [www.radikal.com.tr/2003/05/01](http://www.radikal.com.tr/2003/05/01).
- World Bank (1990 und 2001): *World Development Report*, World Bank Publications and Oxford University Press.